



# FIGU- ZEITZEICHEN

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse



Erscheinungsweise:  
Sporadisch

Internetz: <http://www.figu.org>  
E-Brief: [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

1. Jahrgang  
Nr. 23, Dezember 2015

## Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte» vom 10. Dezember 1948, Artikel 19, «Meinungs- und Informationsfreiheit:

**Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäusserung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.**

Aussagen und Meinungen müssen nicht zwingend mit dem FIGU-Gedanken-, Interessen-, Lehre- und Missionsgut identisch sein.

.....



Politik 15:31 10.09.2015 (aktualisiert 16:12 05.10.2015)

Kampfhandlungen, die durch die Vereinigten Staaten im Nahen Osten im Laufe des letzten Jahrzehnts entfesselt worden waren, haben die Flüchtlingskrise verursacht, die Europa derzeit erlebt, wie die Vorsitzende der Linksfraktion Sahra Wagenknecht Sputnik mitteilte.

Die «blutigen Kriege», die die USA provoziert haben, haben den Nahen Osten in ein Gebiet des Terrors und der Destruktion verwandelt, so Wagenknecht.

Der Politikerin zufolge wurden Tausende Migranten aus ihren Heimatländern nach Europa einfach verdrängt. Dabei wies sie darauf hin, dass die US-Migrantenpolitik, unterstützt von der EU, die Hauptverantwortung für die aktuelle Flüchtlingskrise trägt.

Am Vortag gab EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker neue Quoten zur Verteilung der Flüchtlinge in den EU-Ländern bekannt. Dabei äusserte er, dass sich Europa in «einem schlechten Zustand» befinde und dass der Grund dafür die Flüchtlingskrise sei.



Seit Jahresanfang sind nach seinen Angaben etwa 500 000 Migranten nach Europa gekommen, von denen die meisten aus Syrien, Libyen und Eritrea stammen. Am meisten seien davon Griechenland mit 213 000 Flüchtlingen sowie Ungarn (145 000) und Italien (115 000) betroffen.

Juncker hat die EU-Länder zudem aufgefordert, weitere 160 000 Flüchtlinge in den nächsten zwei Jahren aufzunehmen.

Die USA planen dem US-Aussenministerium zufolge dabei bis zu 8000 syrische Flüchtlinge im Zeitraum Oktober-September 2016 aufzunehmen.

Quelle: <http://de.sputniknews.com/politik/20150910/304250171.html#ixzz3sy5nOugS>



Politik 10:20 30.11.2015 (aktualisiert 10:49 30.11.2015)

Themen: Migrationsproblem in Europa

Die wachsenden Zuwanderungsströme nach Europa sind für Milos Zeman eine gut organisierte Aktion mit dem Ziel, die Europäische Union auseinanderbrechen zu lassen. Der tschechische Präsident spricht von einer noch nie dagewesenen Gefahr für Europa seit der Zeit der NS-Besetzung und fordert militärische Massnahmen.

«Die Migrationskrise hat Anzeichen einer organisierten Invasion», sagte Zeman dem Fernsehsender Prima. «Diese (Invasion) ist gut organisiert und gut bezahlt. Das Ziel ist, die europäischen Strukturen zu zerrütten.» Im nächsten Jahr werde die Migration nach Europa laut UN-Angaben auf das Doppelte und laut EU-Einschätzungen auf das Dreifache wachsen, sagte Zeman. Ihm zufolge hängen Migration und Terrorismus zusammen.

Die Migration stelle für Europa eine gewaltige Bedrohung dar und sei nur mit der NS-Besetzung vergleichbar, so der tschechische Präsident weiter. Insbesondere die europäische Kultur sei der Gefahr ausgesetzt, von einer fremden Kultur unterdrückt zu werden, die mit den europäischen Werten unvereinbar sei. Um die Migrationswellen zu stoppen, müssten nicht Zäune errichtet, sondern die Armee eingesetzt werden.

Nach neusten Angaben der EU-Grenzschutzagentur Frontex sind in den ersten zehn Monaten 2015 schon mehr als 1,2 Millionen Flüchtlinge in der Europäischen Union eingetroffen. Die aktuelle Migrationskrise ist laut der EU-Kommission die grösste seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges.

Quelle: <http://de.sputniknews.com/politik/20151130/306034098/fluechtlinge-krise-gefahr.html#ixzz3sy4htd1Z>

Quelle: <https://deutsch.rt.com/international/20831-terroristisches-watergate-freigegebener-usgeheimdienstbericht/>  
International

## ‹Terroristisches Watergate› – Freigegebener US-Geheimdienstbericht belegt Förderung des IS durch USA

26.05.2015 • 13:52 Uhr

Der US-amerikanischen Bürgerrechtsgruppe Judicial Watch ist es gelungen, vom militärischen Geheimdienst DIA die Herausgabe eines Geheim-Berichtes gerichtlich zu erzwingen. Der Bericht belegt, dass die Entstehung des Islamischen (Anm. Islamistischen) Staates (IS) den US-Amerikanern frühzeitig bekannt war und von diesen sogar gewünscht wurde, um den Druck auf den syrischen Präsidenten Baschar al-Assad zu erhöhen. Der Journalist Jürgen Todenhöfer bezeichnet die neuen Erkenntnisse als ‹terroristisches Watergate›.

Sieben Seiten umfasst ein nun freigegebenes Dokument des Geheimdienstes des US-amerikanischen Verteidigungsministeriums Defence Intelligence Agency (DIA) aus dem August 2012, viele Passagen sind zensiert. Doch der Inhalt des ehemals als geheim eingestuften Berichtes ist brisant. So heisst es darin unter Anderem: «Es gibt die Möglichkeit der Schaffung eines sich konstituierenden oder nicht offiziell erklärten salafistischen Kalifats im Osten Syriens, und das ist genau das, was die Unterstützer der (syrischen) Opposition (also die USA und ihre Verbündeten) wollen, um das syrische Regime zu isolieren und die schiitische Expansion im Irak durch Iran einzudämmen.»

Und mit Blick auf den Irak: «Dies schafft ideale Voraussetzungen für die Rückkehr von ‹Al Qaida im Irak› (AQI, ISIS) in ihre früheren Enklaven in Mosul und Ramadi. Und einen neuen Impuls, den Jihad der irakischen und syrischen Sunniten sowie der übrigen Sunniten der arabischen Welt gegen die ‹Abtrünnigen› – das was als Feind wahrgenommen wird – zu vereinigen. Der ISIS könnte, durch seinen Zusammenschluss mit anderen Terror-Organisationen im Irak und Syrien, auch einen ‹Islamischen (Anm. Islamistischen) Staat› ausrufen ...»

Das Dokument, welches auf Grund der Klage des US-amerikanischen Watchdogs Judicial Watch herausgegeben wurde, belegt damit nicht nur, dass die USA und ihre Verbündeten über die Entstehung des ‹Islamischen (Anm. Islamistischen) Staates› frühzeitig Bescheid wussten – nichtsdestotrotz zeigte man sich im Sommer 2014 medial und politisch überrascht ob der neuen terroristischen Gefahr – der DIA-Bericht zeigt auch, dass als Folge des strategischen imperialen US-Interesses die Westmächte den Aufbau des Kalifats sogar begrüßten, um einen Gegenpol zum syrischen Präsidenten Baschar al-Assad aufzubauen.

In der Jungen Welt schreibt der ehemalige Top-Agent und Geheimdienst-Experte Rainer Rupp:

«... die Entstehung eines mit Al-Qaida verbundenen ‹salafistischen Kalifats› wird im US-Dokument sogar als ‹strategische Chance› bezeichnet, um Washingtons Ziele in der Region zu erreichen: Regimewechsel in Syrien und Zurückdrängung der ‹schiitischen Expansion› beziehungsweise des Iran.»

Der Journalist und Nahost-Experte Jürgen Todenhöfer bezeichnet die neuen Erkenntnisse gar als ‹terroristisches Watergate› und führt aus:

«Der Inhalt des Geheimdokuments verschlägt einem die Sprache. Ein Friedens-Nobelpreisträger als Terrorpate! Der Westen an der Seite des internationalen Terrorismus! Als wissentlicher Förderer des internationalen Terrorismus! Des ISIS! Das ist die bittere Realität. Obama und der Westen wussten früh, wer in Syrien wirklich kämpft und welche weltweite terroristische Gefahr aus ihrer Politik erwuchs. Während sie der Welt das übliche Märchen erzählten, sie kämpften für Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, unterstützten sie gezielt terroristische Organisationen.»

In der Tat wird seit dem Machtzuwachs des IS in Syrien und dem Irak genau damit auch eine zunehmende autoritäre Politik im Westen begründet. Zahlreiche politische Entscheidungsträger mit enger Transatlantik-Bindung, flankiert von medialen Meinungsmachern, versuchen seit der Entstehung des IS und dem Heraufbeschwören ebendieser Gefahr umfassende Überwachungsmaßnahmen, die Einschränkung der bürgerlichen Freiheitsrechte und auch Kriegseinsätze zu legitimieren, wie auch zuvor mit der diffusen Bedrohung durch ‹islamistischen Terrorismus› geschehen. Bedenkt man, dass westliche Geheimdienste den Aufbau des salafistischen Kalifats schon frühzeitig als wünschenswert erachteten, erscheinen all diese antidemokratischen Forderungen in einem völlig neuen Licht.

Dass die USA und ihre Verbündeten nicht ganz untätig bei der Entstehung des ›Islamischen (Anm. Islamistischen) Staates‹ waren wird schon länger vermutet, galt aber bisher als sogenannte ›Verschwörungstheorie‹. Nachdem diese Zusammenhänge nun mit offiziellen Dokumenten belegt sind, bleiben den NATO-Schreibern und den politischen Vasallen nur noch zwei Möglichkeiten: Ignorieren oder leugnen. So vermutet auch Todenhöfer: «Wetten, dass die westlichen Politiker und die Mainstream-Medien alles tun werden, um diese Perversion der offiziellen westlichen Anti-Terrorpolitik herunterzuspielen oder totzuschweigen? Die DIA-Analyse ist der Offenbarungseid einer abenteuerlichen und leider auch kriminellen Strategie. Obama und der Westen als vom US-Geheimdienst überführte Terrorpaten – das ist schwer zu verdauen.»

Die USA und der IS, in der Tat eine unappetitliche Mischung. Die Vorgehensweise erinnert stark an die geopolitische Strategie der USA, die Stratfor-Chef George Friedman jüngst in Bezug auf Russland und Deutschland bekannt gab. So schreiben die Deutschen Wirtschafts Nachrichten: «Die Strategie folgte laut Middle East Eye den Überlegungen der RAND Corporation, die schon vor Jahren empfohlen hatte, man möge die unterschiedlichen Glaubensrichtungen der Muslime gegeneinander ausspielen. Wenn sich Schiiten und Sunniten gegenseitig bekämpfen, gäbe dies der US-Regierung die Möglichkeit, ihren Einfluss in der Region zu vergrößern. Die Strategie ist als ›divide et impera‹ (›teile und herrsche‹) gut bekannt und seit jeher fester Bestandteil aller politischen Aktivitäten.»

## Merkel und ihre Flüchtlingspolitik





## Soros-Stiftungen in Russland verboten

Montag, 30. November 2015, von Freeman um 15:09

Die russische Generalstaatsanwaltschaft hat die Open Society Foundation (OSF) des amerikanischen Oligarchen George Soros als unerwünschte Gruppe bestimmt und allen russischen Staatsbürgern und Organisationen verboten, sich an irgendwelchen Projekten der Gruppe zu beteiligen. In einer Verlautbarung, die am Montag veröffentlicht wurde, sagen Staatsanwälte, sämtliche Aktivitäten der OSF sowie angegliederter Gruppen seien eine Bedrohung für die verfassungsmässige Ordnung Russlands und stellen eine Gefahr für die nationale Sicherheit des Landes dar. Wie ich bereits in meinem Artikel «George Soros will Europa zerstören» aufgezeigt habe, sind die Stiftungen von Soros darauf spezialisiert, unter der Tarnung des «demokratischen Wandels» und der «Menschenrechte», die Gesellschaft der Zielländer zu untergraben und zu destabilisieren, um die Regierungen zu stürzen, damit hörige NWO-Puppen installiert werden können. Siehe als Beispiel die Ukraine.

Die Staatsanwälte haben seit Juli die Aktivitäten der Soros-Stiftungen untersucht – die von ihm finanziert werden – nachdem die russischen Senatoren eine «patriotische Stoppliste» mit 12 genannten Gruppen genehmigten, die sofort unter die Lupe genommen werden mussten, wegen ihrer mutmasslichen antirussischen Aktivitäten.



Andere Mitglieder der Liste sind die «Stiftungen»: National Endowment for Democracy, the International Republican Institute, the National Democratic Institute, the MacArthur Foundation und Freedom House. Diese werden von der US-Regierung finanziert und dienen auch der verdeckten Destabilisierung von Ländern.

Ende Juli hat das russische Justizministerium die «Stiftung» US National Endowment for Democracy als unerwünschte Gruppe bezeichnet, nachdem Staatsanwälte entdeckten, die amerikanische «NGO» hat Millionen für den Versuch ausgegeben, die Legitimität der russischen Wahlen in Frage zu stellen, sowie den Wehrdienst des Landes in den Dreck zu ziehen.

Mit viel Geld für Propaganda versucht man die russischen Bürger gegen die Regierung und etablierte Ordnung aufzuhetzen. Eine der Steuerzentralen für diese Unterwanderung ist die amerikanische Botschaft in Moskau, welche die subversiven Aktivitäten koordiniert, das Geld verteilt und die Befehle an die «Opposition» ausgibt. Genau so lief es auch in der Ukraine mit dem Maidan bis zum gewaltsamen Putsch ab.

Im Zuge der Euromaidan-Proteste richtete die Soros-Stiftung in Kiew das «Ukraine Crisis Media Center» ein, die mit Pressemitteilungen, über die sozialen Medien und mit Mailing-Aktionen, ihre Form der Propaganda und Desinformation verbreitete.

Das Gesetz über die «Unerwünschten Organisationen» trat Anfang Juli in Kraft. Es verlangt von der Generalstaatsanwaltschaft und vom Aussenministerium, eine offizielle Liste aller ausländischen Organisationen aufzustellen und ihre Aktivitäten zu verbieten. Sobald eine Gruppe als unerwünscht festgestellt wird, werden ihre Vermögenswerte eingefroren, die Büros geschlossen und die Verteilung ihrer Materialien untersagt.

Wenn das Verbot nicht eingehalten wird, dann werden die Mitarbeiter der Gruppe und jegliche russischen Staatsbürger, die kooperieren, mit hohen Geldstrafen belegt, oder sogar Gefängnisstrafen, im Falle der Wiederholung oder bei schwerwiegenden Verletzungen.

Bereits seit 1993 versuchen die ausländischen «NGOs», die gar keine sind, sondern für die US-Regierung und andere kriminelle Interessen arbeiten, Russland zu unterwandern, die Menschen aufzuwiegeln und Unruhe zu stiften. Das findet in enger Zusammenarbeit mit den westlichen Medien statt, die dann inszenierte «Demonstrationen» gross aufbauschen und dem westlichen Publikum als Beweis für die «arme unterdrückte» Opposition zeigen.

Ist ja auch mehr als überfällig, diesem Aufwiegler und Putschisten, der sich falsch als «Menschfreund» und «Philanthrop» ausgibt, die rote Karte zu zeigen. In Wirklichkeit ist er ein Rothschild-Agent und Satanist, dessen kriminellem Treiben ein Ende gesetzt werden muss.

Quelle: Alles Schall und Rauch: Soros-Stiftungen in Russland verboten <http://alles-schallundrauch.blogspot.com/2015/11/soros-stiftungen-in-russland-verboten.html#ixzz3t3TIvnQC>

## DROHNENPILOTEN ERHEBEN VORWÜRFE GEGEN OBAMA

29. November 2015 Non Profit News Redaktion Ein Kommentar

In einem offenen Brief an die US-Regierung haben vier Piloten den Drohnenkrieg kritisiert. Er sei ein Terroristen-Rekrutierungsprogramm. Als einen Irrweg bezeichnen die vier ehemaligen US-Drohnenpiloten den Drohnenkrieg. Jahrelang haben sie unter anderem im Irak und in Afghanistan tödliche Drohnen gegen angebliche Terroristen eingesetzt.

Im Folgenden der Brief in deutscher Übersetzung. Den Link zum Original finden Sie am Ende des Artikels.

OFFENER BRIEF, 18. November 2015

An  
Präsident Barack Obama,  
Weisses Haus  
Washington, D.C.  
Verteidigungsminister Ashton B. Carter,  
Verteidigungsministerium  
Direktor John O. Brennan,  
Central Intelligence Agency (CIA)

Sehr geehrter Präsident Obama, sehr geehrter Minister Carter, sehr geehrter Direktor Brennan

Wir sind ehemalige Angehörige der US-Luftwaffe. Wir schlossen uns der Luftwaffe an, um die Leben von Amerikanern und unsere Verfassung zu schützen. Uns ist klar geworden, dass die unschuldigen Zivilisten, die wir töteten, nur die Hassgefühle befeuerten, die den Terrorismus auslösten und Gruppen wie den «Islamischen (Anm. Islamistischen) Staat» (IS) verursachten. Ausserdem dienen sie als Instrument der Rekrutierung, ähnlich wie Guantánamo Bay. Diese Regierung und ihre Vorgänger haben ein Drohnenprogramm aufgebaut, das eine der vernichtendsten Antriebskräfte für den Terrorismus und die Destabilisierung auf der ganzen Welt ist.

Als unsere Schuld in der Umsetzung dieses systematischen Verlusts von unschuldigem Leben zu gross wurde, hat jeder von uns eine posttraumatische Belastungsstörung entwickelt.

Aber wir wurden von der Regierung, der wir so viel gegeben hatten, fallengelassen – sie schickte uns in eine Welt ohne angemessene medizinische Versorgung, ohne ein zuverlässiges Gesundheitswesen und ohne notwendige Unterstützung. Einige von uns sind nun obdachlos. Andere kommen nur gerade so über die Runden.

Wir haben massive Verschwendung erlebt, Misswirtschaft, Missbrauch von Macht und wie die Anführer unseres Landes öffentlich über die Effektivität des Drohnenprogramms lügen. Wir können nicht schweigend dasitzen und Tragödien wie die Anschläge von Paris miterleben, mit dem Wissen um die zerstörerischen Auswirkungen, die das Drohnenprogramm in der Welt und zuhause hat.

Solches Schweigen wäre ein Verstoß gegen jene Eide, dass wir die Verfassung stützen und schützen würden.

Wir bitten Sie, unsere Perspektive zu überdenken, auch wenn diese Bitte vielleicht vergeblich ist, wenn man an die beispiellose Verfolgung von Menschen, die bisher die Wahrheit aussprachen, wie Chelsea Manning, Julian Assange und Edward Snowden, denkt.

Diesem Land zuliebe hoffen wir, dass dem nicht so ist.

Hochachtungsvoll,

Brandon Bryant  
Staff Sergeant  
MQ-1B Predator Sensor Operator,  
SERE Instructor Trainee,  
USAF Joint Special Operations Command,  
3rd Special Operations Squadron,  
Versehrter Irak und Afghanistan Veteran, Gründer des Projekts RED HAND

Cian Westmoreland,  
Senior Airman,  
RF Transmissions Systems,  
USAF CENTCOM,  
73rd Expeditionary Air Control Squadron,  
Versehrter Afghanistan Veteran, Leiter für Nachhaltige Technologien beim Projekt RED HAND

Stephen Lewis,  
Senior Airman,  
MQ-1B Predator Sensor Operator,  
USAF Joint Special Operations Command,  
3rd Special Operations Squadron,  
Irak und Afghanistan Veteran

Michael Haas,  
Senior Airman,  
MQ-1B Predator Sensor Operator Instructor,  
USAF Air Combat Command,  
15th Reconnaissance Squadron,  
Irak und Afghanistan Veteran

Originaldokument:

<https://www.documentcloud.org/documents/2515596-final-drone-letter.html>

Quelle: <http://pressejournalismus.com/2015/11/drohnenpiloten-erheben-vorwuerfe-gegen-obama/>

## ZU RAMSTEIN: EIN OFFENER BRIEF VON US-BÜRGERN AN DIE DEUTSCHE KANZLERIN ANGELA MERKEL

29. Mai 2015 Non Profit News Redaktion



Die Luftpost übersetzte einen offenen Brief, der am 26. Mai 2015 von US-Amerikanern verfasst wurde und an die deutsche Kanzlerin Merkel gerichtet ist. Der Brief wurde mit der Petition zur Schliessung der SATCOM-Relaisstation auf der US Air Base Ramstein übergeben.

Im Folgenden der offene Brief in der deutschen Übersetzung:

An Ihre Exzellenz, die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland  
Frau Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Strasse 1  
10557 Berlin, Deutschland



Sehr geehrte Frau Kanzlerin Merkel

Morgen, am 27. Mai, wird das Verwaltungsgericht in Köln über die Klage Faisal bin Ali Jabers, eines Umweltingenieurs aus dem Jemen, verhandeln; er hat 2012 bei einem US- Drohnen-Angriff zwei Verwandte verloren. Es ist das erste Mal, dass ein Gericht eines Landes, das wesentliche militärische und technische Unterstützung für das US-Drohnen-Programm leistet, über einen solchen Fall befinden wird.

Bei US-Drohnen-Angriffen in vielen Ländern, die sich offiziell nicht im Krieg mit den Vereinigten Staaten befinden, wurden Zehntausende von Menschen getötet oder verstümmelt. Die grosse Mehrheit der Drohnen-Opfer waren unschuldige Unbeteiligte, darunter auch zahlreiche Kinder. Eine anerkannte Studie hat ergeben, dass mit jedem gezielt getöteten Kombattanten auch 28 «unbekannte Personen» umgebracht wurden. Weil diese Opfer keine US-Bürger waren oder sind, können ihre Familien nicht vor US-Gerichten klagen. Es ist eine Schande, dass die Familien dieser Opfer bisher keinerlei Rechtsmittel einlegen konnten. Deshalb ist die Klage, die Herr bin Ali Jaber für seine Familie bei einem deutschen Gericht eingereicht hat, von grosser Bedeutung für die vielen Menschen, die schon so lange unter den Menschenrechtsverletzungen und den Verstössen gegen das Völkerrecht leiden, die von der US-Regierung im so genannten «Krieg gegen den Terror» begangen werden. Wie bekannt wurde, wirft Herr bin Ali Jaber der deutschen Regierung vor, gegen das Grundgesetz zu verstossen, weil sie den Vereinigten Staaten die Nutzung der Air Base Ramstein in Deutschland für die Durchführung aussergerichtlicher «gezielter» Tötungen im Jemen gestattet. Es wird erwartet, dass er die deutsche Regierung auffordern wird, «die rechtliche und politische Verantwortung für den US-Drohnen-Krieg im Jemen zu übernehmen» und «die Nutzung der Satelliten-Relaisstation in Ramstein zu verbieten».

Weltweit wurden bereits glaubwürdige Beweise veröffentlicht, aus denen hervorgeht, dass die US-Satelliten-Relaisstation in Ramstein eine wesentliche Rolle bei allen US-Drohnen-Angriffen im Mittleren Osten, in Afrika und in Südwestasien spielt. Das Töten und Verstümmeln, das von den Raketen ausgeht, die US-Drohnen abfeuern, wäre ohne die Kooperation der deutschen Regierung und die Überlassung der Air Base Ramstein für den illegalen US-Drohnen-Krieg nicht möglich; ausserdem halten wir den Betrieb der Militärbasis Ramstein 70 Jahre nach der Befreiung Deutschlands und Europas von den Nazis für einen Anachronismus.

Unabhängig vom Ausgang der von Herrn bin Ali Jaber eingereichten Klage, über die vermutlich erst in Jahren entschieden wird, sollte Deutschland sofort effektive Massnahmen ergreifen, um die Nutzung der Air Base Ramstein für die Kampfdrohnen-Einsätze der Vereinigten Staaten zu stoppen. Die Realität sieht so aus: Die Militärbasis in Ramstein untersteht juristisch der deutschen Bundesregierung, auch wenn sie der U.S. Air Force zur Nutzung überlassen ist. Wenn von Ramstein oder von anderen US-Basen in Deutschland illegale Aktivitäten wie aussergerichtliche Tötungen ausgehen – und wenn diese illegalen Aktivitäten von US-Behörden nicht abgestellt werden – sind, unserer respektvollen Meinung nach, Sie und Ihre Regierung nach dem Völkerrecht verpflichtet, selbst zu handeln. Dazu verpflichtet Sie auch das Nürnberger Urteil von 1946–47, das unter der Nummer 6 F.R.D. 69 ins US-Recht übernommen wurde. Darin wird festgestellt, dass alle an einem Kriegsverbrechen Beteiligten für dieses Kriegsverbrechen verantwortlich sind, auch Unternehmer, Politiker und andere, die dieses Verbrechen ermöglichen.

1991 hat das wiedervereinigte Deutschland mit dem Zwei-plus-Vier-Vertrag die «volle Souveränität über seine inneren und äusseren Angelegenheiten» zurückerhalten und versichert, «dass von deutschem Boden nur Frieden ausgehen wird». Im Artikel 26 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland steht: «Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.»

Viele Menschen in den Vereinigten Staaten und in der ganzen Welt hoffen, dass das deutsche Volk und seine Regierung die Führung der Welt auf dem Weg zum Frieden und bei der Durchsetzung der Menschenrechte übernehmen werden.

Die deutsche Regierung hat schon wiederholt versichert, sie habe keine Kenntnis von den Aktivitäten, die von der Air Base Ramstein und anderen US-Basen in Deutschland ausgehen. Wenn das zutrifft, möchten wir Sie respektvoll daran erinnern, dass Sie und die deutsche Regierung vom US-Militär und den US-Geheimdiensten in Deutschland volle Transparenz und Rechenschaft fordern müssen. Wenn das gegenwärtige Stationierungsabkommen (SOFA) zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland die Transparenz und Rechenschaftspflicht ausschliesst, die notwendig sind, damit die deutsche Regierung deutsche Gesetze und das Völkerrecht durchsetzen kann, muss die deutsche Regierung in Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten entsprechende Veränderungen des SOFA durchsetzen. Wie Sie wissen, haben Deutschland und die Vereinigten Staaten das Recht, das SOFA mit einer Frist von zwei Jahren auch einseitig zu kündigen. Viele US-Bürger wären nicht da-

gegen, sondern würden eine Neuverhandlung des SOFA zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland begrüßen, wenn nur so dem Recht zum Durchbruch verholfen werden kann.

Als die Feindseligkeiten 1945, also schon vor 70 Jahren, endeten, stand die Welt vor der Aufgabe, die Herrschaft des Rechts wieder herzustellen und durch das Völkerrecht zu sichern. Das geschah durch die Verurteilung und Bestrafung von Kriegsverbrechern, zum Beispiel im Nürnberger Prozess, und durch die Gründung der Vereinten Nationen; diese haben 1948 die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Während sich Deutschland um die Einhaltung der Prinzipien dieser Erklärung bemüht, wurden diese Prinzipien in den letzten Jahren von den Vereinigten Staaten immer wieder verletzt. Ausserdem haben die Vereinigten Staaten die NATO und andere Verbündete wiederholt zu Komplizen bei der Verletzung dieser Prinzipien gemacht. Insgeheim haben die Vereinigten Staaten ihr Drohnen-Programm bereits 2001 begonnen, ohne die US-Bevölkerung und die meisten ihrer Abgeordneten im Kongress darüber zu informieren; erst 2008 wurde dieses Drohnen-Programm von US-Friedensaktivisten entdeckt und bekannt gemacht. Auch die britische Bevölkerung wurde nicht informiert, als das Vereinigte Königreich 2007 Killer-Drohnen von den Vereinigten Staaten erhielt. Und die deutsche Bevölkerung wurde erst kürzlich durch mutige unabhängige Journalisten und Whistleblower über die Schlüsselrolle der Air Base Ramstein im illegalen US-Drohnen-Programm informiert.

Seit die Rolle Ramsteins bei der Aushöhlung der Menschenrechte und des Völkerrechts bekannt ist, haben viele deutsche Bürger Sie und die deutsche Regierung aufgefordert, das deutsche Recht auch auf den US-Basen in Deutschland durchzusetzen. Wegen der unersetzbaren Rolle Ramsteins bei allen Drohnen-Angriffen, hält die deutsche Regierung jetzt die Macht in Händen, tatsächlich sämtliche illegalen US-Drohnen-Morde zu stoppen.

Wenn sich die deutsche Regierung zum sofortigen Handeln in dieser Angelegenheit entschliesse, fände sie sicher Unterstützung in vielen Staaten der Welt, auch in europäischen Staaten. Das Europäische Parlament hat in einer Resolution zum Einsatz bewaffneter Drohnen, die am 27. Februar 2014 mit einer überwältigenden Mehrheit von 534 zu 49 Stimmen angenommen wurde, seine Mitgliedsstaaten aufgefordert, «sich gegen die Praxis gezielter aussergerichtlicher Tötungen auszusprechen und diese Praxis zu verbieten», sowie «dafür zu sorgen, dass die Mitgliedstaaten im Einklang mit ihren rechtlichen Verpflichtungen keine rechtswidrigen gezielten Tötungen verüben oder solche Tötungen durch andere Staaten begünstigen».

Die aussergerichtliche Tötungen von nur «Verdächtigen» ist auch ein schwerer Verstoss gegen die US-Verfassung. Und die von den Vereinigten Staaten in souveränen Staaten, die sie selbst nicht bedrohen, ausgelösten Kriege und durchgeführten Tötungen verstossen gegen internationale Verträge wie die Charta der Vereinten Nationen, die von der US-Regierung unterzeichnet und vom Kongress ratifiziert wurden.

Zehntausende von US-Bürgern versuchen seit Jahren vergeblich, über das US-Drohnen-Programm und andere US-Kriegsverbrechen aufzuklären und sie zu stoppen, weil diese unter den angegriffenen und terrorisierten Bevölkerungen vorhersehbaren Hass auf die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten hervorgerufen haben. Wie die Inhaftierung ohne Gerichtsverfahren auf Guantánamo hat auch der Drohnen-Krieg das nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene Völkerrecht, auf das wir alle bauen, weitgehend ausgehöhlt.

Wir hoffen, dass wichtige US-Verbündete – und wegen seiner unersetzlichen Rolle insbesondere Deutschland – endlich wirksame Massnahmen ergreifen, um die aussergerichtlichen Drohnen-Tötungen zu beenden. Wir bitten Sie dringend, alle möglichen Schritte zu unternehmen, um sämtliche Aktivitäten in Deutschland zu stoppen, die den Drohnen-Krieg und die Drohnen-Morde der US-Regierung unterstützen.

Unterzeichnet von:

Carol Baum, Co-Founder of Upstate Coalition to Ground the Drones and End the Wars, Syracuse Peace Council  
Judy Bello, Co-Founder of Upstate Coalition to Ground the Drones and End the Wars, United National Antiwar Coalition

Medea Benjamin, Co-Founder of CodePink

Jacqueline Cabasso, National Co-Convener, United for Peace and Justice, USA

Leah Bolger, Former President of National Veterans for Peace

Malachy Kilbride, National Coalition for Nonviolent Resistance

Marilyn Levin, Co-Founder of United National Antiwar Coalition, United for Justice with Peace

Ray McGovern, Retired CIA Analyst, Veteran Intelligence Professionals for Sanity

Nick Mottern, KnowDrones

Gael Murphy, CodePink

Elsa Rassbach, CodePink, United National Antiwar Coalition

Alyssa Rohricht, Graduate Student in International Relations

Coleen Rowley, Retired FBI Agent, Veteran Intelligence Professionals for Sanity  
David Swanson, World Beyond War, War is a Crime  
Debra Sweet, Director of World Can't Wait  
Brian Terrell, Voices for Creative Nonviolence, Missouri Catholic Worker  
Colonel Ann Wright, Retired Military Officer and Diplomatic Attaché, Veterans for Peace, Code Pink

Unterstützt von:

Brandywine Peace Community, Philadelphia, PA  
CodePink Women for Peace  
Ithaca Catholic Worker, Ithaca, NY  
Know Drones  
Little Falls OCC-U-PIE, WI  
National Coalition for Nonviolent Resistance (NCNR)  
Peace Action and Education, Rochester, NY  
Syracuse Peace Council, Syracuse, NY  
United For Justice with Peace, Boston, MA  
United National Antiwar Coalition (UNAC)  
U.S. Foreign Policy Activist Cooperative, Washington DC  
Upstate (NY) Coalition to Ground the Drones and End the Wars  
Veterans For Peace, Chapter 27  
War Is A Crime  
Watertown Citizens for Peace Justice and the Environment, Watertown, MA  
Wisconsin Coalition to Ground the Drones and End the Wars  
Women Against Military Madness, Minneapolis, MN  
World Beyond War  
World Can't Wait

Quelle:

<http://pressejournalismus.com/2015/05/zu-ramstein-ein-offener-brief-von-us-buergern-an-die-deutsche-kanzlerin-angela-merkel/>

## IMPRESSUM

### FIGU-ZEITZEICHEN

**Druck und Verlag:** Wassermannzeit-Verlag, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

**Redaktion:** ·Billy· Eduard Albert Meier, Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz

Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89

**Abonnemente:**

Erscheint unregelmässig

Wird nur im Internet veröffentlicht

**Postcheck-Konto:** FIGU, 8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3, IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

**E-Brief:** [info@figu.org](mailto:info@figu.org)

**Internetz:** [www.figu.org](http://www.figu.org)

**FIGU-Shop:** <http://shop.figu.org>



© FIGU 2015

Einige Rechte vorbehalten.



Dieses Werk ist, wo nicht anders angegeben, lizenziert unter [www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/](http://www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/)

**Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.**

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag:

FIGU, ·Freie Interessengemeinschaft·, Semjase-Silver-Star-Center, Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti, Schweiz